

**Interfraktioneller Antrag von
SPD - Bündnis90/Die Grünen - Frauenliste - CIK
im Gemeinderat der Stadt Kirchheim unter Teck**

Frau Oberbürgermeisterin

**Angelika Matt-Heidecker
Rathaus
73230 Kirchheim**

05. Juni 2019

Interfraktioneller Antrag

**Erklärung der Stadt Kirchheim unter Teck zum "sicheren Hafen"
Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten Menschen, die im Mittelmeer in
Seenot geraten sind.**

Seit Jahren verlieren Menschen bei ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ihr Leben. Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR sind 2 262 Flüchtlinge im Jahr 2018 bei der Fahrt über das Mittelmeer ertrunken oder gelten als vermisst.

Die Rettung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wird teilweise behindert, indem die Rettungsboote nicht an Land anlegen dürfen. Zudem werden die Organisationen der Seenotrettung teilweise kriminalisiert. Dieses Verhalten spricht gegen jegliche Humanität.

Die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“ protestiert gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen.


Viele Städte haben sich solidarisiert. So beispielsweise die Städte Heidelberg, Konstanz, Rottenburg a.N. und Reutlingen angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen und gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht, dass sie die humanitären Ziele der Initiative „Seebrücke“ unterstützen.


Wir beantragen:


1. Die Stadt Kirchheim unter Teck unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“ und erklärt sich zum „sicheren Hafen“.
2. Die Stadt Kirchheim unter Teck erklärt sich dazu bereit, Menschen aufzunehmen, die auf ihrer Flucht aus Seenot gerettet worden sind, und teilt dies den zuständigen

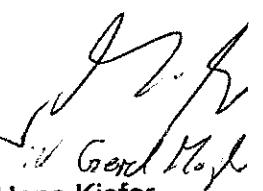
Behörden – insbesondere dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat – mit.

3. Der Gemeinderat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie für die Rettung der Menschen im Mittelmeer einzusetzen.


Marc Eisenmann
SPD


Sabine Bur am Orde-Käss
Bündnis90/Die Grünen


Dr. Silvia Oberhauser
Frauenliste


Hans Kiefer
CIK

Eine Chance, auch regional ein Zeichen zu setzen

Kampagne "Sichere Häfen"

von Ines Fischer

*Die Europäische Union führt nicht nur seit längerem keine Seenotrettungsoperationen mehr durch, vielmehr werden sogar private Seenotretter*innen vielfach kriminalisiert und in ihrer Arbeit behindert. Das Bündnis Seebrücke wendet sich gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung der Seenotretter*innen und hat zu diesem Zweck auch die Kampagne "Sichere Häfen" ins Leben gerufen.*



Seenotrettung durch die EU selbst – schon lange Geschichte...

Foto: Óglaigh na hÉireann/ flickr

Die Autorin

*Ines Fischer ist
Asylpfarrerin im
Kirchenbezirk und
in der Prälatur
Reutlingen und war
8 Jahre Mitglied im
Sprecher*innenrat
des Flüchtlingsrats
BW. Sie ist engagiert
im Bündnis Seebrücke
Reutlingen.*

Noch vor zwei Jahren waren es bis zu 20 Schiffe der privaten Seenotrettung, die im Einsatz auf dem Mittelmeer waren, um Menschenleben zu retten. Diese private Seenotrettung hatte im Jahr 2015 ihre Arbeit vor dem Hintergrund aufgenommen, dass immer mehr Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertranken. Die Operation Mare Nostrum der italienischen Marine war im November 2014 zu Ende gegangen und durch die Operation Triton der Europäischen Union ersetzt worden. Immer mehr stand dabei der sogenannte "Grenzschutz" im Mittelpunkt und immer weniger die Rettung von Menschenleben. Hier setzte die private Seenotrettung an – Organisationen wie Jugend rettet, Seawatch und Sea Eye und viele andere entstanden mit dem einfachen und klaren Anspruch, dass Menschen auf der Flucht nicht ertrinken dürfen, sondern gerettet und in einen sicheren Hafen gebracht werden müssen.

tuation derart, dass die "Mare Jonio" des italienischen Seenotrettungsprojektes Mediterranea von den italienischen Behörden beschlagnahmt wurde. Das Schiff "Alan Kurdi", betrieben von Sea Eye, war bis bis 14. April noch im Einsatz und musste zuvor mit 64 Geflüchteten an Bord mehr als zehn Tage warten, bis die europäischen Länder sich über die Aufnahme der Menschen geeinigt hatten. Die "Sea Watch III" wird derzeit im Hafen von Marseille festgehalten. Die europäischen Staaten kriminalisieren die Seenotrettung in Form von Blockaden der privaten Schiffe. Vorwürfe stehen im Raum, dass die Seenotretter*innen gemeinsame Sache mit Schleusern machen und bewusst Flüchtlinge aufs Meer locken. Diese Argumente zu entkräften ist ein Leichtes – nichtsdestotrotz halten sie sich hartnäckig, da es im Interesse vieler europäischer Regierungen liegt, die private Seenotrettung zu kriminalisieren, um Rettung auf dem Mittelmeer grundsätzlich zu unterbinden.

Am 10. April 2019 gestaltet sich die Si-

Das bedeutet für die Zukunft: Immer mehr Menschen werden künftig ertrinken oder von der libyschen Küstenwache, die von der EU gezielt finanziert und unterstützt wird, auf der Flucht abgefangen und nach Libyen zurückgebracht werden. Libyen – ein Land, in dem Menschenrechte nicht gelten. Die Zustände dort wurden u.a. von Ärzten ohne Grenzen ausführlich dokumentiert: Folter, Erpressung und unmenschliche Zustände in den Lagern dieses Landes, in dem die Regierung keinen wirklichen Einfluss mehr auf das Geschehen vor Ort hat.

Wenn Flüchtlinge in Seenot angetroffen werden, dann ist jede*r Kapitän*in verpflichtet, sie in einen sicheren Hafen zu bringen. "Sicherer Hafen", das heißt nicht nur, dass es Boden unter den Füßen gibt, sondern dass auch die Menschenrechte gewahrt sind. Völkerrechtlich muss letzteres immer Vorrang haben – darauf weisen Expert*innen standardmäßig hin. Trotzdem gibt es die von der EU bewusst in Kauf genommenen brutalen Push-Backs der libyschen Küstenwache. Das heißt – und es muss an dieser Stelle so explizit gesagt werden: Die EU unterstützt und fördert bewusst Folter und Menschenrechtsverletzungen bis hin zum aktivem Mord im Mittelmeer, begangen von der libyschen Küstenwache, die Menschen bewusst ertrinken lässt und mit Schleppern und Schleusern nachgewiesenermaßen zusammenarbeitet.

Rettung wird unterbunden, Menschenrechte werden sprichwörtlich mit Füßen getreten. Was tun? Im Jahr 2018 entstand vor dem Hintergrund der Kriminalisierung der privaten Seenotrettung das Bündnis Seebrücke. Überregional, nicht parteilich gebunden, kein Verein – sondern eine Bewegung, deren Ziel es ist, für die Situation an den Außengrenzen Europas zu sensibilisieren und die Rolle der EU zu entlarven. Und die zum Ziel hat, dem Sterben Einhalt zu gebieten. Dafür hat Seebrücke die Kampagne "Sichere Häfen" ins Leben gerufen. Die Kampagne verfolgt das Ziel, Kommunen oder Kreise in Deutschland dazu zu bewegen, sich für die Aufnahme einer Anzahl von Geflüchteten zu verpflichten und somit auch bundespolitisch ein Zeichen zu setzen, dass es genug Bürger*innen gibt, denen das Sterben und die Kriminalisierung der Retter*innen im Mittelmeer nicht egal ist. Knapp 50 Kommunen haben sich deutschlandweit bisher zur Aufnahme bereit erklärt – und es dürfen noch mehr werden.

Was tun, ganz konkret? Aktivist*innen von Seebrücke haben sich in verschiedenen Regionen bereits mit lokalen Bündnissen vernetzt, um gemeinsam

darauf hinzuarbeiten, einen Gemeinderats- oder Kreistagsbeschluss zu erwirken, der die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer signalisiert. In ganz Baden-Württemberg gibt es Menschen, die bei Einsätzen im Mittelmeer dabei waren und bereit sind, über ihre Erfahrungen zu sprechen. In Zusammenarbeit mit Arbeitskreisen vor Ort können diese Kontakte genutzt werden, um regionale Parlamente zur Auseinandersetzung mit dem Thema aufzufordern und ggf. auch Beschlüsse zu erwirken.

Viele Menschen sind auf das Thema ansprechbar, mittlerweile gibt es in Baden-Württemberg sechs "Sichere Häfen": Konstanz, Freiburg, Mannheim, Heidelberg, Rottenburg und seit dem 11. April 2019 auch Reutlingen. Die Autorin dieses Artikels lebt und arbeitet in Reutlingen und hat die Erfahrung gemacht, dass jeder Arbeitskreis in jeder kleineren oder größeren Stadt die Möglichkeit hat, initiativ zu werden, sich einzubringen, Veranstaltungen zu planen und so aktiv einen Gemeinderats- oder Kreistagsbeschluss herbeizuführen – der dann hoffentlich bald auf der bundespolitischen Ebene ein Zeichen dahingehend setzt, dass einer Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer nichts im Wege stehen soll und dass auch die Arbeit der privaten Seenotrettung nicht weiter kriminalisiert werden darf.

Es kann nicht so bleiben wie es ist. Also tun wir das, was im Rahmen unserer Möglichkeiten steht. Und tun damit nicht zuletzt auch etwas gegen die eigene Hilflosigkeit, die uns angesichts der Bilder von sinkenden Booten oft bewegt. Wir haben in unserem Reutlinger Bündnis gemerkt, dass sich Menschen für dieses Thema sensibilisieren lassen und gerne aktiv werden. Schön, wenn das auch an anderen Orten der Fall ist.

Weiterführender Link: www.seebruecke.org. Dort sind auch Hinweise auf die einzelnen Gemeinderatsbeschlüsse verschiedener Städte zu finden.

Kontakt zu Engagierten der Seebrücke für Süddeutschland über Markus Groda, markus@seebruecke.org

Eine Powerpointpräsentation, die zusammenfassende Infos und Links enthält und Ideen für jeweiliges regionales Vorgehen skizziert kann angefordert werden unter ines.fischer@elkw.de